

10.12.2020 - 18:11 Uhr

EKD-Vorsitzender Bedford-Strohm stellt Lockerungen für Weihnachten in Frage

Berlin (ots) - Bei der Eindämmung der Corona-Pandemie ist Prof. Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), offen für strengere Kontaktregelungen auch während der Weihnachtsfeiertage.

"Wenn der harte Lockdown notwendig ist, um Menschenleben zu schützen und die Ausbreitung des Virus' zu begrenzen, dann glaube ich, kommen wir an dem harten Lockdown nicht vorbei", sagte er dem ARD-Magazin Kontraste. Man müsse die Empfehlungen der Wissenschafts-Akademie Leopoldina nach härteren Regeln ernst nehmen.

Wissenschaftler seien auch aus Sicht der Kirche diejenigen, die mit Blick auf die Konsequenzen des Verhaltens aller Orientierung geben könnten, so Bedford-Strohm. "Wenn der Schutz des Lebens, wenn die Nächstenliebe, die sich darin ausdrückt, wenn die an oberster Stelle steht und Teil unserer Botschaft ist, dann schließt die Weihnachtsbotschaft ein, dass wir uns an die Regeln halten, die verhindern, dass Menschen sterben."

Die Idee, während der Feiertage Ausnahmen von den Kontaktbeschränkungen zu gewähren, findet Bedford-Strohm grundsätzlich richtig. "Dass an Weihnachten besondere Regeln gelten, ist Ausdruck der Tatsache, dass dieses Weihnachtsfest für die seelische Verfassung der Menschen eine ganz besondere Bedeutung hat." Allerdings zeigte er sich offen, in diesem Jahr auch andere Wege zu suchen. "Wenn ein Risiko besteht, dass aus gottesdienstlichen Versammlungen Leben gefährdet wird, dann bin ich der Allererste, der sagt, lasst es uns nicht machen." Für Familientreffen und auch für Weihnachtsgottesdienste müssten dann zur Not, andere, digitale Lösungen gefunden werden. Im Zweifel, so Heinrich Bedford-Strom, müsste die Politik harte Maßnahmen durchsetzen.

Wichtig sei, dass nicht für alle gesellschaftlichen Schichten absolute Kontaktverbote verhängt werden dürften. Als Beispiel nannte Bedford-Strohm die Seelsorge für Sterbenskranke. "Überall da, wo [...] Menschen beim Sterben niemanden haben, der bei ihnen ist, da müssen die Regeln flexibel sein", sagte er.

Vier von fünf Deutschen wollen über Weihnachten Kontakte zu ihrer Familie oder Besuche einschränken. Das geht aus einer aktuellen Umfrage von infratest dimap im Auftrag des ARD-Politikmagazins Kontraste hervor, in der nach den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Festtage gefragt wurde. Demnach gaben 19 Prozent der Befragten an, ihre Kontakte sehr stark einschränken zu wollen, 30 Prozent wollen sich stark einschränken, weitere 31 Prozent sind zu weniger starken Einschränkungen bereit. 18 Prozent der Befragten wollen sich gar nicht einschränken.

Damit denken die Deutschen mittlerweile mit mehr Vorsicht an die das Weihnachtsfest als noch vor zwei Wochen. Damals hatte noch knapp ein Viertel der Befragten (23 Prozent) angegeben, sich gar nicht einschränken zu wollen.

Ostdeutsche bewerten Lage deutlich kritischer als noch vor zwei Wochen

Ein Umdenken hat auch unter den Bürgern in Ostdeutschland eingesetzt. Gaben vor zwei Wochen noch 58 Prozent der Befragten an sich einschränken zu wollen, sind es nun 81 Prozent. In den alten Bundesländern gaben dies nun 79 Prozent an, was einem Plus von einem Prozentpunkt entspricht.

Auffällig ist auch, dass im Vergleich der Altersgruppen unter den Älteren der Anteil derjenigen am höchsten ist, die sich gar nicht einschränken wollen. 26 Prozent der Befragten ab 65 Jahren sagten dies. Am stärksten wollen sich die jungen einschränken: In der Altersgruppe von 18 bis 39 Jahren gaben neun von zehn Personen an, sich einschränken zu wollen - überwiegend allerdings nur leicht (45 Prozent). 10 Prozent der Befragten aus dieser Altersgruppe wollen sich gar nicht einschränken.

AfD-Wähler lehnen Einschränkungen mehrheitlich ab

Die allermeisten Befragten glauben, dass sie die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie im Alltag richtig einhalten: 41 Prozent sagten sie seien sich sehr sicher, 47 Prozent waren sich eher sicher.

Gefragt nach den Parteipräferenzen fällt auf, dass mehr als die Hälfte der AfD-Wähler (51 Prozent) sich gar nicht einschränken will. Auch unter Anhängern der FDP halten das viele für nicht notwendig (28 Prozent).

Für die Umfrage im Auftrag von Kontraste hat infratest dimap 1.004 Personen ab 18 Jahren aus dem gesamten Bundesgebiet befragt. Die Umfrage wurde zwischen dem 7. und 9. Dezember durchgeführt.

Pressekontakt:

Rundfunk Berlin-Brandenburg
Kontraste
Das Magazin aus Berlin
Telefon: +49 30 97993 22800
Telefax: +49 30 97993 22809

kontraste@rbb-online.de
http://www.rbb-online.de/kontraste/
Ihr Rundfunkbeitrag für gutes Programm

Original-Content von: Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb), übermittelt durch news aktuell
Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.de/pm/51580/4788065> abgerufen werden.